

Nicht nur das Wenckebach-Krankenhaus ist in Gefahr.

Die Welle der Schließungen von Krankenhäusern rollt weiter.

Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) informierte am 08.Juli 2021:

„Der Vorsitzende des Gemeinsamen Bundesausschusses, Josef Hecken, fordert die Schließung von 700 Krankenhäusern in Deutschland. Der Gemeinsame Bundesausschuss ist das ausführende Organ des Bundesgesundheitsministeriums. Er gibt nicht einfach Empfehlungen ab. Heckens Vorstoß kommt einem Startschuss für den koordinierten Krankenhauskauschlag gleich. (...)

Der Angriff auf Deutschlands Krankenhäuser ist ernst gemeint. Um die Schließungen auch gegen Widerstände durchzusetzen, soll das Grundgesetz geändert werden. Bisher liegt die Verantwortung für die Krankenhäuser bei den Ländern, für das Klinikschließungsprogramm soll der Bund die Zuständigkeit übertragen bekommen.“

Die Stellungnahme macht unmissverständlich klar, wie die Reise nach den Bundestagswahlen im September weitergehen soll. Diese Pläne sind die Fortsetzung einer Politik, die Öffentlichen Krankenhäuser in den Ruin treibt, um das Gesundheitswesen als Profitquelle für große Krankenhauskonzerne und die Finanzmärkte zu erschließen. Es sind bewusste politische Entscheidungen der Bundesregierung und Gesundheitsminister Jens Spahn - und sie wird von den Landesregierungen umgesetzt.

Dagegen gibt es überall in Deutschland einen breiten Widerstand gegen Privatisierung und Bettenabbau, für die Verteidigung und Wiederherstellung der öffentlichen Krankenhäuser.

In Berlin führen Kolleginnen und Kollegen von Vivantes und Charité mit ihrer Gewerkschaft ver.di den Kampf für *Mehr Personal* und *TVöD für Alle* – unterstützt von der Bevölkerung. Die Kolleginnen und Kollegen von Vivantes und Charité haben ein 100-Tage-Ultimatum für die Erfüllung ihrer Forderungen noch vor den Abgeordnetenhauswahlen im September gestellt. Das Ultimatum läuft am 20.August ab. Sonst kommt der Streik.

Bisher verweigern Vivantes und Charité die Verhandlungen für die Pflege, die Verhandlungen für die Vivantes - Töchter stagnieren! Eine unerträgliche Haltung genauso wie im Fall Wenckebach - Klinikum.

Am 19. August 2021, ein Tag vor dem Ende des Ultimatums der Krankenhausbeschäftigten ruft ver.di um 17:00 zu einer Kundgebung vor dem Abgeordnetenhaus auf.

Die Initiative *Wenckebach-Krankenhaus muss bleiben* ruft zur Teilnahme an der Kundgebung auf und wird sich mit Transparenten und Plakaten für den Erhalt des Krankenhauses beteiligen.

Wir fordern alle Politikerinnen und Politiker der Bezirke oder des Landes, die unseren Kampf gegen die Schließung des Wenckebach-Klinikums und für die Forderungen der Kolleginnen und Kollegen unterstützt haben, am 19. August sichtbar und vernehmbar mit uns zu demonstrieren für sofortige Entscheidungen des Senats – noch vor der Wahl:

- **Erhalt des Vivantes Wenckebach-Klinikums in Tempelhof**
- **Mehr Personal und TVöD für Alle**

Mit diesen Forderungen verteidigen die Beschäftigten gemeinsam die öffentlichen Krankenhäuser!